

20.08.2010 / Inland / Seite 5

Freier Marsch für Neonazis?

Dortmunder Polizei will Rechte am 4. September in direkter Nähe zu einer Gedenkstätte marschieren lassen

Markus Bernhardt

Nach und nach wird die Route, die die Polizei den neofaschistischen »Autonomen Nationalisten« für den 4. September in Dortmund zugewiesen hat, bekannt. An diesem Tag wollen Rechte aus ganz Deutschland und Europa einen »Nationalen Antikriegstag« in der Ruhrgebietsmetropole veranstalten. Während weite Teile der nördlichen Innenstadt für Antifaschisten zum Sperrgebiet erklärt und Demonstrationsverbote erlassen wurden, sollen die Neonazis offenbar am Nordausgang des Hauptbahnhofes starten und durch die auch von vielen Migrant*innen bewohnte Nordstadt marschieren dürfen.

Den Nazis werde ein Stadtteil freigeräumt, der für die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Dortmund historische und aktuelle Bedeutung habe, so der ehemalige Alterspräsident des Rates der Stadt, Wolfgang Richter (Linkes Bündnis Dortmund). »Dem demokratischen Protest hält die Polizeiführung die übrige Stadt frei - Hauptsache, er findet außer Sicht- und Hörweite der rechten Provokation statt«, kritisierte Richter gegenüber *junge Welt*. Erst am Donnerstag hat die Polizei eine von Ulla Jelpke, Mitglied des Bundestages für die Linkspartei, angemeldete antifaschistische Kundgebung verboten.

Mit der nun bekanntgewordenen Route dürfen die Neofaschisten auch in direkter Nähe zum ehemaligen Gestapo-Gefängnis und der heutigen Gedenkstätte »Steinwache« aufmarschieren. »Dies ist eine Verhöhnung der dort ermordeten und gequälten Nazigegner«, so Peter Neuhaus, Sprecher des antifaschistischen Bündnisses »Dortmund stellt sich quer!«, das zu Massenblockaden gegen den Aufzug der Rechten aufruft. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) forderte Stadt und Polizei am Donnerstag erneut auf, den »Nationalen Antikriegstag«, der in Wirklichkeit ein »Prokriegstag« und »ein Bejubeln des Überfalls von Nazideutschland auf Polen 1939« sei, zu verbieten. Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA, rief die rot-grüne Landesregierung in NRW auf, »dem Treiben der Stadt und der Polizei zum Gewährenlassen der Nazis ein Ende zu setzen«.

dortmundquer.blogspot.de/